



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Sie zu Ihren Kindern ziehen. Die Fürstin hat Sie vorhin schon empfangen? So, also. Nochmals alles Gute! Vergessen Sie uns nicht ganz!

Er hatte den alten Herrn bis in die Tür gedrängt und zog die Klingel. Der Diener im Vorzimmer sah entsetzt, wie der würdige alte Superintendent, sobald die Tür wieder geschlossen war, mit verstörter Miene zwei zitternde Hände gegen die Zimmerdecke aufreckte.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel. (Die Braunschweiger Erbfolge. Englische Preßstimmen. Die internationale Lage. Ein Sozialdemokrat als Stadtrat.)

Für die Politiker sowohl als für die Geschichtschreiber sind gute Tage angebrochen. Die in der braunschweigischen Sache ergangnen Aktenstücke Preußens und des Reichs stecken zwar in einer sammetnen Scheide, sind aber haarförmig geschliffen, an einzelnen Stellen meint man, die Schneide auch durch den Sammet durchzufühlen. Der Schwerpunkt liegt in dem Sage des preußischen Schreibens vom 3. Oktober: „Es kann Preußen nicht zugemutet werden, daß es in dem benachbarten Bundesstaat eine welfische Regierung dulde, durch die der preußische, unter dem Schutz der Reichsverfassung stehende Besitzstand gefährdet werden würde.“ Dieser Satz enthält auch die Grundlinien der an den Herzog von Cumberland erteilten Antworten des Kaisers und des Reichskanzlers, er bricht zugleich der Einwendung, die der Herzog in seinem Schreiben an das braunschweigische Staatsministerium vom 9. dieses Monats macht, die Spitze ab. Der Bundesratsbeschuß von 1885 richtet sich allerdings dem Wortlaut nach gegen die Person des Herzogs, weil damals nur diese in Frage stand. Dem Beschuß liegt aber der Antrag Preußens vom 21. Mai 1885 zugrunde, und der Inhalt dieses Antrags bleibt derselbe, auch wenn der Herzog von Cumberland einen seiner Söhne für die braunschweigische Erbfolge vorschlägt. Nicht gegen den Herzog, sondern gegen das Haus Cumberland richteten sich ihrem ganzen Inhalt nach der preußische Antrag sowohl als der Bundesratsbeschuß, es wird durch den Vorschlag des Herzogs an der Sach- und Rechtslage mithin nicht das geringste geändert. Der Herzog hat dem braunschweigischen Staatsministerium den Wunsch ausgesprochen, sein Schreiben vom 9. Oktober durch die amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen“ zu veröffentlichen und der Landesversammlung vorzulegen. Dies wäre wahrscheinlich ohnehin geschehen, denn das Schreiben knüpft ja an die Resolution an, die die Landesversammlung dem Herzog hat übermitteln lassen. Aber eine andre Frage ist, ob der Herzog einen Anspruch auf Veröffentlichung seines Schreibens im amtlichen Blatt des Herzogtums hat, und ob es notwendig war, daß das Ministerium diesem seinem Wunsche willfahrte. Dem Verlangen nach Veröffentlichung im amtlichen Organ des Herzogtums liegt eine beabsichtigte Berechnung im Sinne der welfischen Agitation zugrunde. Es soll im Lande die Meinung erweckt werden, als ob der Herzog dort irgendwelche Publikationsbefugnis hätte. Wenn es in seinem Schreiben heißt: „Und ganz unerfindlich ist mir, inwiefern die Regierungsübernahme meines jüngsten Sohnes im Herzogtum Braunschweig die Interessen des mächtigen Deutschen Reiches sollte gefährden können“, so übersieht der Herzog, daß Richter über das,

was dem Reiche Gefahr droht, allein der Kaiser als der oberste Hüter des Reichsinteresses ist; auf die Meinung des Herzogs von Cumberland kann es dabei nicht ankommen. Wenn sich gleichsam mitten im preussischen Staatsgebiet ein welfischer Fürst aufzutut, dessen Vater und älterer Bruder Anspruch auf eine benachbarte preussische Provinz erheben und dort eine nachhaltige beunruhigende Agitation auf jede Weise fördern, sich zu deren Mittelpunkt machen, anstatt sie lokalerweise abzulehnen, so ist das eine Gefährdung des preussischen Staatsinteresses und des Reichsfriedens zugleich. Hat der Herzog dafür kein Empfinden, so beweist er damit nur von neuem seine und seines Hauses Regierungsunfähigkeit. Der Herzog scheint von der Geduld, die Preußen zwanzig Jahre lang der welfischen Agitation gegenüber an den Tag gelegt hat, eine sehr hohe Meinung zu haben. Nachgerade ist jedoch dieser Geduldsfaden durch den langen Mißbrauch allmählich so dünn geworden, daß er bei nächster Gelegenheit reißen muß. Viel „unerfindlicher“ ist jedenfalls, wie sich der Herzog Ernst August einen Landesfürsten von Braunschweig vorstellt, dessen Bevollmächtigten zum Bundesrat Preußen nicht anerkennt, auch wenn er, was doch in hohem Grade unwahrscheinlich ist, im Bundesrat eine Mehrheit finden sollte. Wir sind überzeugt, daß er nicht einmal eine Minderheit finden würde. Auch hier kommt der preussische Antrag von 1885 in Betracht, der solche Möglichkeit vorsehend wörtlich sagt: „Wenn die Landeshoheit in Braunschweig mit allen ihren Rechten an der Reichsregierung in die Hände eines Fürsten gelegt würde, der einem Teil der Bevölkerung von Hannover als Prätendent auf die gesamte preussische Provinz dieses Namens gilt, so würde Seine Majestät der König von Preußen die Fürsorge für die Sicherheit im Lande selbst in die Hand nehmen, wenn nicht die Institutionen des Reiches die Mittel zur Verhütung unmöglicher Zustände darböten.“ Die Bekanntmachung des Generalmajors von Hilgers vom 18. Oktober 1884 enthält in dieser Hinsicht einen sehr bemerkenswerten Fingerzeig. Wollte Preußen auf den Vorschlag des Herzogs Ernst August eingehen und den jüngsten Sohn auf Grund des Erbvertrags von 1863 zur Thronfolge zulassen, so würde es damit unter anderm auch die Bestimmung dieses Vertrages anerkennen, die in der Urkunde vom 3. März 1863 unter 3a niedergelegt ist: „daß das Königreich Hannover und das Herzogtum Braunschweig als selbständige deutsche Bundesstaaten nebeneinander fortbestehen müssen“. Schon dieser eine Punkt des Erbvertrages ist nicht mehr ausführbar, und auch daran scheitert der welfische Vorschlag. Das Wort hat jetzt die Landesversammlung. Sie wird sich darüber keiner Täuschung hingeben dürfen, daß es dem Kaiser mit der Aufrechterhaltung des von ihm eingenommenen Standpunktes völliger und entschlossener Ernst ist. Weder kann das Reichsoberhaupt das welfische Haus, das Anspruch auf Hannover erhebt, in Braunschweig zulassen, noch kann der König von Preußen daran denken, dem die preussische Herrschaft in Hannover bekämpfenden Prätendententum diesen Stützpunkt einzuräumen. Der Herzog hat zwanzig Jahre lang Zeit gehabt, seinen Frieden mit Preußen zu machen, das ihm seinerzeit durch Herausgabe des Welfenfonds sehr weit entgegengekommen ist. Es besteht in dieser Beziehung ein Ausspruch des verstorbenen Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe, der allerdings nicht in seinen Memoiren zu finden ist: „Ich könnte meinem Vorgänger alles vergeben, nur die Herausgabe des Welfenfonds nicht.“ Auch Hohenlohe stand somit in der Frage der Bekämpfung der welfischen Präensionen ebenfalls vollständig auf dem Boden der alten preussischen Politik.

Die Grenzboten haben jüngst einen Artikel wiedergegeben, den der englische Schriftsteller Edward Dicey im Septemberheft der *Empire Review* über die Monarchenbegegnung in Friedrichshof veröffentlicht, und worin er hervorgehoben hatte, der Wert dieser Begegnung beruhe hauptsächlich darin, daß beide Herrscher in

Wahrheit die Träger der Empfindungen, Anschauungen und Bestrebungen der beiden Nationen seien, die durch sie repräsentiert würden. Hierin fand er die Gewißheit, daß in der Begegnung eine Bürgschaft für freundliche Beziehungen gewonnen sei. Im Oktoberheft der *Empire Review* kommt Dicey noch einmal auf den Gegenstand zurück und sagt darin nach einem allgemeinen Rückblick über die europäische Lage, daß der Reichskanzler gegen das englisch-französische Übereinkommen und sogar gegen ein ähnliches englisch-französisch-russisches nichts einzuwenden haben werde, solange es sich auf diplomatische und moralische Unterstützung beschränke, aber daß er diese Übereinkommen mißbilligen müsse, sobald sie die Grenzen einer Entente cordiale überschreiten und die Form einer antideutschen Koalition annehmen würden. Dicey erklärt dazu, daß die Idee, England könne sich unter heutigen Verhältnissen irgend-einer europäischen Koalition gegen Deutschland anschließen, völlig chimärisch sei. Die auswärtige Politik Englands sei ein Geschäft für sich und könne auch nur als solches entschieden werden auf Grund der Anschauungen Englands über seine eignen Interessen und seine eigne Wohlfahrt. Ebenjowenig lasse sich etwas dagegen einwenden, daß Deutschland seine auswärtige Politik nach denselben Grundsätzen reguliere. Nun könne es England vernünftigerweise verstehen, daß im deutschen Volke Befürchtungen entstanden seien durch die außerordentliche und außergewöhnliche Aufnahme, die den englischen Offizieren bei den jüngsten französischen Manövern bereitet worden sei und durch die wiederholten Erklärungen in der Pariser Presse, daß dieser Willkommensgruß nur das Vorpiel zu einem militärischen Bündnis zwischen Frankreich und England gewesen sei. Unter diesen Umständen werde es nützlich sein, daß die englische Regierung ausspreche, daß, von gänzlich unvorhergesehenen Bedingungen abgesehen, die Entente cordiale mit Frankreich keiner weiteren Ausdehnung fähig sei. In einer Lage wie die augenblickliche sei eine offene Sprache nicht nur der ehrlichste, sondern auch der weiseste Kurs.

Inzwischen hat der Standard, allerdings kein Organ des jetzigen englischen Kabinetts, die Idee einer Militärkonvention mit Frankreich entschieden zurückgewiesen. Auch läßt sich ja immerhin annehmen, daß das Vorhandensein militärischer Abmachungen zwischen England und Frankreich die von England angestrebte Verständigung mit Rußland gerade nicht erleichtern würde. In bezug auf Tibet soll sie schon erfolgt sein, und zwar auf Grundlage der beiderseitigen Anerkennung der chinesischen Oberhoheit. Da Deutschland in Tibet keinerlei Interessen hat, so wird es auch von dieser englisch-russischen Verständigung nicht berührt. Jetzt soll nun eine Abmachung über Persien folgen. In Persien haben wir lediglich wirtschaftliche Interessen, die bei geordneten Zuständen in diesem Lande unter Wahrung des Prinzips der offenen Tür nur gedeihen können. Es ist darum auch kein Grund zu sehen, warum sich Deutschland einer russisch-englischen Verständigung über Persien widersetzen sollte, sofern sie unsre dortigen wirtschaftlichen Interessen nicht schädigt. Eine englisch-russische Verständigung über den sogenannten nähern Orient würde ohne Befragung der Mächte, die Garanten der Verträge von 1856 und 1878 sind, ohnehin nicht möglich sein, sie wird erschwert durch das sichtbare Bestreben der englischen Politik, einen neuen Kleinstaat auf dem Balkan zu gründen, selbstverständlich auf Kosten der Türkei, oder Bulgarien zu einer Ausdehnung zu verhelfen, die mit der Erhaltung des Gleichgewichts unter den Balkanstaaten kaum vereinbar wäre. Bis jetzt ist Rußland dort mit Österreich Hand in Hand gegangen, und man darf annehmen, daß es dieser Politik auch ferner treu zu bleiben gedenkt. Eine russisch-englische Verständigung würde deshalb zur Voraussetzung haben müssen, einerseits daß sie Österreichs Interessen nicht berührt und andererseits, daß sie den Existenzbedingungen der Türkei nicht zu nahe tritt. Es ist hier und da behauptet worden,

eine der Grundregeln der Bismarckschen Politik sei die gewesen, eine Verständigung zwischen Rußland und England zu verhindern. Gerade das Gegenteil ist richtig und schon dadurch zur Genüge bewiesen, daß sich Bismarck auf den Berliner Kongreß einließ, der doch tatsächlich in der Hauptsache nur den Ausgleich eines russisch-englischen Interessengegensatzes zum Gegenstande hatte. Ganz im Gegensatz zu jenen Anschauungen hat Bismarck vielmehr wiederholt ausgesprochen, Deutschland dürfe sich nicht in die Lage bringen, zwischen Rußland und England optieren zu müssen. Wenn im Jahre 1886 auf die Anfrage des russischen Kaisers bei dem drohenden Konflikt wegen Afghanistan Deutschland eine wohlwollende Neutralität im Umfange der russischen von 1870 zusagte, so ist das hauptsächlich in der Absicht geschehen, einen Zusammenstoß beider Mächte dadurch zu verhindern. Eine deutsche Politik, die in Petersburg zum Konflikt mit England oder in London zum Konflikt mit Rußland treiben würde, würde sich wahrscheinlich an beiden Stellen verdächtig machen und gerade das Gegenteil, das heißt eine Annäherung auf Deutschlands Kosten herbeiführen.

Es ist fortdauernd in deutschen Blättern von der „Einkesselung“ oder der „Isolierung“ Deutschlands die Rede, immer unter Hinzufügen, daß das unter Bismarck nicht der Fall sein würde. Dem steht doch die Tatsache gegenüber, daß Bismarck noch in seiner letzten großen Reichstagsrede vom 5. Februar 1888 dargestellt hat, wie die preussische und deutsche Politik auch unter seiner Leitung fortgesetzt mit europäischen Koalitionen gegen Deutschland zu rechnen hatte. Mehr oder minder ausgeprägte deutschfeindliche Koalitionen sind deshalb keineswegs erst eine Errungenschaft der nachbismarckschen Zeit oder der angeblichen Fehler der Nachfolger des ersten Reichskanzlers. Wir haben ein unbequemes Auftreten Rußlands im Herbst 1866 nur durch eine sehr nachdrückliche Entschlossenheit verhindern können; die Hinneigung des Fürsten Gortschakow zu Frankreich während der siebziger Jahre ist in frischer Erinnerung, und unter den Blättern, die der deutschen Politik heute Einkesselung und Isolierung vorwerfen, sind nicht wenige, die sich im Jahre 1897 beim Bekanntwerden des deutsch-russischen Geheimvertrags nicht laut genug über die „Doppelzüngigkeit“ der Politik ereifern konnten, die jenem Vertrage zugrunde lag. Er ist dann durch die französisch-russischen Abmachungen ersetzt worden, die als Allianz zu bezeichnen Kaiser Nikolaus den Franzosen bei seiner letzten Anwesenheit in Frankreich nicht mehr abschlagen konnte. Aber Fürst Lobanow hat das Verhältnis sehr richtig dahin charakterisiert, daß Rußland Frankreich an das Leitseil genommen habe, um zu verhindern, daß die Franzosen Dummheiten machten, wie Fürst Schadow Hohenlohe in seinen Aufzeichnungen mitteilt. Als der verstorbene Reichskanzler dem jetzigen Zaren im Jahre 1896 in Breslau die Aufwartung machte und beim Abschied versicherte, er werde nach seinen Kräften alles tun, um gute Beziehungen zwischen beiden Ländern zu erhalten, erwiderte ihm der Zar: „Das wird Ihnen nicht schwer werden, die Beziehungen werden gute bleiben.“ Wenn freilich jede Unterstützung, die deutsche Polizei- oder Justizbehörden der russischen Regierung gegen Verbrecher an Leben und Eigentum leisten, in der liberalen Presse als verdammenstwerte Barbarei angegriffen wird, so wird man sich kaum wundern dürfen, wenn die Neigung zu freundschaftlichen Beziehungen dadurch auf russischer Seite nicht vergrößert wird.

Seitdem sind mehr als zehn Jahre verflossen, und das Verhältnis zwischen beiden Staaten hat sich jedenfalls nicht verschlechtert. Die Haltung Deutschlands ließ es zu, daß Rußland während des japanischen Krieges ohne Bedenken seine Westgrenzen entblößen konnte, und wenn wir anscheinend in Algerien dafür wenig Dank geerntet haben, so wollen wir doch eingedenk bleiben, daß Rußland durch

eine ablehnende Haltung reichlich in der Lage gewesen wäre, das Zustandekommen der Konferenz zu verhindern oder schon in einem frühern Stadium der Marokkoangelegenheit der deutschen Politik in den Arm zu fallen. Als nach dem Friedensschluß von Portsmouth ein umfangreicher Depeschenwechsel zwischen den Staatsoberhäuptern stattfand und auch alsbald zur Veröffentlichung gelangte, ist der Gedankenaustausch zwischen dem Zaren und Kaiser Wilhelm dem Zweiten unveröffentlicht geblieben — und zwar bis auf den heutigen Tag —, wohl aus dem Grunde, weil das Verdienst des Deutschen Kaisers um den Friedensschluß noch größer war, als die sehr warmen Worte des Präsidenten Roosevelt das verrieten. Wenn dennoch Rußland in Algieras für seinen französischen Verbündeten Farbe bekennen mußte, so lag der bestimmende Grund in dem unaufschiebbaren Geldbedürfnis, das von deutscher Seite nicht befriedigt werden konnte und sollte, schon aus dem naheliegenden Grunde nicht, weil wir den deutschen Markt für alle Möglichkeiten für uns selbst freihalten mußten. Je mehr der Zar um seine monarchischen Rechte mit der revolutionären Bewegung zu kämpfen gezwungen ist, um so wichtiger bleibt für ihn die Anlehnung an die großen Monarchien Europas, zunächst an seine Nachbarn. Von deutscher Seite sind ihm in dieser ganzen Zeit nur Ratschläge zuteil geworden, die für ihn und Rußland nützlich und für Deutschland durchaus uneigennützig waren. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland ist damit wohl zur Genüge charakterisiert, und es besteht absolut kein Grund, in englisch-russischen Abmachungen über Tibet und Persien beunruhigende Symptome oder gar eine „Isolierung“ zu sehen. Englisch-russische Verständigungen in Asien gehen Japan weit mehr an als uns, und englisch-französische Intimitäten haben zur Zeit der Orleans und Napoleons des Dritten wiederholt bestanden. Monarchenbesuche, wohlklingende Toaste, Flottenbesuche, das alles ist nicht nur einmal, sondern häufig dagewesen und immer wieder durch ernste Spannungen abgelöst worden. Wenn Frankreich heute in England den Verbündeten aufsucht, der Rußland ihm nicht mehr sein kann, und England in Frankreich die kontinentale Macht findet, deren es zu seinem Schutze zu bedürfen glaubt, und die Deutschland um der Freiheit seiner Entschlüssen willen nicht sein konnte und nicht sein wollte — an wiederholten Anregungen von englischer Seite hat es ja nicht gefehlt —, so läge darin eine „Isolierung“ für Deutschland nur dann, wenn wir zum Beispiel mit England Streitpunkte hätten, die auf dem Wege friedlicher Verständigung auszutragen England ablehnte. Es besteht aber zwischen uns und Großbritannien kein einziger Streitpunkt von internationaler Bedeutung. Preßpolemik zählt nicht in diese Kategorie.

Etwas andres wäre es, wenn das heutige Deutsche Reich wie Preußen im Jahre 1805 eine Gelegenheit verabsäumt hätte, in eine günstige Koalition zur Bekämpfung eines den Frieden schwer bedrohenden Gegners einzutreten. Aber weder hat seit dem Jahre 1871 ein solcher Anlaß bestanden, noch hat Deutschland einen solchen versäumt. Als im Jahre 1879 die erste Möglichkeit einer wirklichen Friedensstörung auftauchte, haben wir das Bündnis mit Österreich geschlossen, später auch das mit Italien, hauptsächlich um Österreich rückenfrei zu machen. Dieses Bündnis besteht noch heute auf eine Reihe von Jahren, und die uns gegnerische Presse irrt sich in der Unterstellung, daß der Bund mit Österreich für uns ohne praktische Bedeutung, und der mit Italien in das Gegenteil verkehrt worden sei. Österreich hat uns in Algieras das Bündnis ebenso treu erfüllt wie Rußland den Franzosen das seinige. Wie sich die Dinge praktisch gestalten würden, wenn jemals die Notwendigkeit für Österreich eintreten sollte, mit Deutschland gemeinsam ins Feld zu rücken, ist erstens eine so fernliegende und zweitens in ihren Einzelheiten auf Jahre oder Jahrzehnte voraus

so schwer zu beurteilende Möglichkeit, daß niemand berechtigt ist, die Unfruchtbarkeit dieses Bündnisses heute als Glaubenssatz zu verkünden. Wir werden Österreich unsre Bündnispflicht auch darin erfüllen, daß wir die österreichisch-italienischen Reibungen nach Möglichkeit hintanzuhalten und in ihren Wirkungen abzuschwächen versuchen. Den Italienern zu verübeln, daß sie sich zu einem antikerikalen Frankreich hingezogen fühlen, nachdem sie seinerzeit vor dem klerikalen bei Deutschland Schutz gesucht und gefunden haben, besteht für uns keine Notwendigkeit. Die italienischen Sympathien für Frankreich sind weit weniger von Frankreichs auswärtiger Politik als von seiner innern Lage abhängig; sobald die antikerikale Politik in Frankreich ihren Höhepunkt überschritten haben wird, dürfte auch in Italien die Erinnerung wieder lebendiger werden, daß man durch Königgrätz nach Venedig und durch Sedan nach Rom gekommen ist. Paris hat jüngst das Schauspiel gehabt, daß inmitten des von hunderttausend Menschen besetzten Rennplatzes die Tribünen angezündet und die Totalisatorkasten ausgeplündert werden konnten. Sollten sich solche Vorgänge wiederholen, so würde das für die heutige Republik, wenn nicht für die Republik überhaupt, nicht ohne Gefahr sein.

Die Bestätigung eines Sozialdemokraten als Stadtrat durch den Großherzog von Hessen hat insofern berechtigtes Aufsehen erregt, als der Großherzog und die für seine Akte verantwortliche Regierung damit anscheinend in einen bewußten Gegensatz zur Reichspolitik treten. Nicht nur zur Reichspolitik, sondern auch zu den Selbstverwaltungsorganen des eignen Landes, die wie die Kreisausschüsse von Offenbach und Groß-Gerau die Übernahme eines Amtes als Bürgermeister oder Beigeordneter durch Anhänger der sozialdemokratischen Partei für unzulässig erklärt haben, weil diesen polizeiliche Funktionen nicht anvertraut werden können, und weil man ihnen, als den prinzipiellen Bekämpfern der heutigen staatlichen Ordnung, die Aufrechthaltung und die Durchführung der staatlichen Einrichtungen und Gesetze nicht überlassen können. Hat der Großherzog jetzt sein ihm in den Städten zustehendes Bestätigungsrecht im entgegengesetzten Sinne ausgeübt, so dürfte hier hauptsächlich die Persönlichkeit des Betreffenden in Betracht kommen. Seit die badische zweite Kammer einen Vizepräsidenten hat, der zur Hofstafel geht, mag man in Hessen einen Versuch damit machen, aus einem Saulus einen Paulus, aus einem Bekämpfer der staatlichen Ordnung eine ihrer Säulen zu machen. Wir wollen hoffen, daß das Experiment gelingt. Gelingt es nicht, so wird der damit unmittelbar angerichtete Schaden nicht groß sein und sich reparieren lassen. Anders steht es mit der Verwirrung, die durch solche politischen Extratouren in den Geistern angerichtet wird. Aber wir wollen dabei zwei Dinge nicht außer acht lassen: erstens den stark partikularistischen Zug, der der Sozialdemokratie in Süddeutschland noch anhaftet. Ebenso wie von der württembergischen Demokratie vor Jahren gesagt wurde, sie wolle die Republik, aber mit dem König Karl an der Spitze, so zeigt auch die süddeutsche Sozialdemokratie noch überwiegend einen „landsmannschaftlichen“ Zug, der der norddeutschen vollständig fehlt. Der Reichskanzler konnte zum Beispiel mit Herrn von Bollmar ein sehr vergnügt verlaufenes Gespräch führen, mit Bebel, Singer usw. würde das nicht möglich gewesen sein. Der süddeutschen Sozialdemokratie fehlt zum nicht geringen Teil doch der fanatische Haß, die Verbissenheit, die ein Charakteristikum der Sozialdemokratie der großen norddeutschen Städte sind. Auch der Umstand, daß diese großen Städte im Süden weniger zahlreich sind, kommt in Betracht, die Bevölkerung ist in sich homogener als im Norden, in allen Schichten und Parteien ihre Stammeseigentümlichkeiten an sich tragend und durch diese auch enger untereinander verbunden. Die Verwirrung, die diese Bestätigung in den Geistern anrichtet, wird aber vielleicht auch die Sozialdemokratie nicht unberührt

lassen. Wo bleiben denn die Prinzipien der Partei, wenn die Führer von dem vielgeschmähten Staat und seinen Organen Unter annehmen, sich vom Großherzog bestätigen lassen und sich ihm als Beamte durch Treueid verpflichten? Das Experiment wird ja nur bei Einzelnen und mit Vorsicht anzuwenden sein, aber man darf es mit Interesse begleiten.

§

Bezahltes Märtyrertum. Vor kurzem ist ein amerikanischer Missionar namens Labaree von religiösen Fanatikern in Persien ermordet worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten verlangte 50 000 \$ Entschädigung von Persien, aber die Witwe des Ermordeten, Mrs. Mary Schauffier Labaree, erhob lauten Protest gegen die Erpressung der ihr selbst zugeachten Summe. Sie erklärte sich zwar ihres Rechtes, als amerikanische Bürgerin für die Ermordung ihres Mannes entschädigt zu werden, durchaus bewußt; aber sie wies das Geld im Interesse der auch ihr am Herzen liegenden heiligen Missionsache zurück. Die Perser würden wohl das Geld als „Blutgeld“ ansehen, und ein gewaltames Einziehen durch die Vereinigten Staaten möchte dem Missionswerke gewaltigen Schaden zufügen. Eine Regierung kann sich nach modernen Prinzipien natürlich auf solche sentimentale Erwägungen nicht einlassen, und so hat die amerikanische Regierung die Summe von Persien verlangt und erhalten, allerdings mit der von den Amerikanern gestellten Bedingung, daß die Perser sie aus allgemeinen Staatsmitteln zahlen müssen und nicht etwa der Provinz, in der der Missionar ermordet wurde, auflegen. Diese Angelegenheit macht in Amerika viel von sich reden; allgemach kommt es zum Bewußtsein, daß Mrs. Labaree christlicher gedacht hat und vernünftiger handelte als gewisse amerikanische Missionsgesellschaften, deren Verlangen gegen heidnische Länder der Staatssekretär Hay geradezu als „blutdürstig“ bezeichnet hat. Auch wir finden, daß die Märtyrerkrone in unsern mit Kriegsschiffen und weittragenden Geschossen ausgerüsteten Zeiten ein ganz kostbares Gut geworden ist, aber in ganz andrer Weise kostbar als die, die sich die Märtyrer der Kirche von ihren Protomartyrern an, den sieben makabäischen Jünglingen, deren Reste in San Pietro in Vinculis ruhen sollen, aufs Haupt gesetzt haben. Der Akt des Märtyrertums ist heutzutage oft zum Fälligkeitstermin einer Lebensversicherungspolice zugunsten der Hinterbliebenen oder der Missionsanstalt, der der Glaubensheld angehört, geworden — einem Vergleich, mit dem wir aber in keiner Weise die Seelengröße der hinausziehenden Prediger des Christentums herunterreißen wollen. Nur gingen sie früher hinaus ohne den Hintergedanken, daß für Familie, Orden oder Missionsinstitut durch ihren Tod ein materieller Vorteil entspringen könne. Und der große Gedanke, der sich in der Ablehnung der Mrs. Schauffier Labaree geäußert hat, macht schon Schule. Der Board of Foreign Missions der Presbyterianischen Kirche in Newyork hat ebenfalls sowohl auf materielle Entschädigung wie auf Straf-gelder in China verzichtet, wo am 28. Oktober 1905 vier seiner Missionare und ein Kind auf grausame Weise ermordet worden sind. The Nation, die angesehenere Newyorker Wochenschrift, veröffentlicht unter dem 2. August das Protokoll dieser Missionsgesellschaft mit dem Verzicht auf Rache und zugleich die Antwort des chinesischen Gesandten in Washington, Chentung Liang Chang, an den Vorsitzenden der Missionsgesellschaft: „Geehrter Herr, Ich habe Ihren Brief erhalten, in dem Sie die Güte hatten, mir die Ansichten ihres Boards in der Entschädigungsfrage wegen der vier in Lien-Chou getöteten Missionare mitzuteilen. Mit besondrer Dankbarkeit lese ich daraus, daß Ihre Verwaltung einmütig beschlossen hat, Indemnität nicht anzunehmen, geschweige denn zu verlangen. Ich habe keinen Moment verloren, meine Regierung von dem versöhnlichen Standpunkt zu unterrichten, den Sie einnehmen, und glaube überzeugt sein zu dürfen, daß meine Regierung ihn eben so

hoch anrechnen wird, wie ich es tue. Die mir mitgeteilten Worte des ermordeten Missionars Rev. John Rogers Peale haben, wie ich glaube, prophetischen Sinn. In ihm hat Amerika einen edeln Sohn und China einen wahren Freund sehr zur Anzeit verloren.“ — Ist dieser Verzicht auf Entschädigung und Strafe nicht christlicher und zugleich für die Erhaltung guter Beziehungen und die Hochschätzung der Missionsarbeit förderlicher?

m.

Wörterbuch der Volkswirtschaft, herausgegeben von Prof. Dr. Ludwig Elster, Geheimem Oberregierungsrat und Vortragendem Rat im Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten in Berlin. Zweite, völlig umgearbeitete Auflage. Jena, Gustav Fischer, 1906. Die Ausgabe erfolgt in Lieferungen im Preise von 2 Mark 50 Pf. Preis des vollständigen Werkes in zwei Bänden broschiert 35, elegant gebunden 40 Mark.

Von dieser zweiten Auflage des vortrefflichen und für viele Klassen geistig Arbeitender unentbehrlichen Werkes, dessen Erscheinen wir im 29. Heft angekündigt haben, sind jetzt die dritte bis siebente Lieferung erschienen; diese macht den Schluß des ersten Bandes. Von den Bereicherungen, die das Werk in diesen fünf Lieferungen erfahren hat, führen wir nur einige an. Neu hinzugekommen sind unter andern die Artikel: Aufsichtsamt für Privatversicherung, Auslosungsversicherung, Bauordnung und Bebauungsplan, Besoldung und Besoldungspolitik, Bestattungswesen, Boykottversicherung. Bedeutend vermehrt und teilweise umgearbeitet sind unter andern die Artikel Ausfuhr und Einfuhr (Außenhandel), Ausfuhrprämien (hier wird die neueste Phase der Zuckerbesteuerung behandelt und auf die neue Erscheinung der von Kartellen gewährten Ausfuhrprämien hingewiesen); Bevölkerung; Bauer (ebenso, wie der Artikel Bauernbefreiung, um eine Darstellung der bäuerlichen Zustände des Auslands vermehrt); der von vier auf zwölf Spalten angewachsene Artikel Bodenreform stellt auch die neuesten praktischen Versuche auf diesem Gebiete dar und kritisiert sie im ganzen günstig. Sehr stark vermehrt sind auch die Artikel: Bergarbeiter, Bergbau und Bergrecht. Völlig umgearbeitet und von 16½ Spalten auf 54 ausgedehnt ist der Artikel: Auswanderung. Das Inhaltsverzeichnis lautet: „I. Allgemeine Grundlagen. 1. Wesen und Begriff. 2. Arten der Auswanderung. 3. Ursachen. 4. Wirkungen a) auf das Mutterland, b) auf das Einwanderungsland. 5. Auswanderungspolitik. 6. Geschichtliches. II. Auswanderung aus Deutschland. 1. Ziele. 2. Statistik. 3. Recht und Gesetzgebung. 4. Unternehmer. 5. Deutsche Auswanderungspolitik. a) Lenkung, b) Auskunftserteilung, c) Erhaltung des Deutschtums im Auslande. III. Auswanderung und Auswanderungsrecht der außerdeutschen Staaten (es werden 17 Staaten behandelt). IV. Internationale Regelung des Auswanderungswesens. V. Einwanderungsbeschränkungen.“ Am Schluß des sehr ausführlichen Artikels „Börsenwesen“ wird bemerkt, daß die fortschreitende Konzentration der Banken die Bedeutung der Effektenbörse vermindert und diese vielleicht mit der Zeit überflüssig macht, da die Umsätze zwischen den mit zahlreichen Filialen ausgestatteten Großbanken durchs Telephon vollzogen werden können. Außer vielen graphischen Erläuterungen statistischer Angaben finden wir zwei hübsche Karten: eine Karte der schiffbaren Flüsse und Kanäle und das Schnellzugnetz des Deutschen Reiches.

Ein Jünger Eugen Dührings. Der blinde Philosoph schätzt Adam Smith, Friedrich List und Carey als die größten Nationalökonomien. Dem englischen Meister hat er die Geringschätzung des Staates entnommen, die dem deutschen sehr fern lag, und hat sie in seinem Radikalismus zum Haß gegen den Staat gesteigert.

Auf Dühringschen Grundsätzen nun hat Dr. Franz Krauß eine „Theorie der Dekadenz“ errichtet und unter dem Titel: Der Völkertod herausgegeben. Im zweiten, 1905 bei Franz Deuticke in Leipzig und Wien erschienenen Teile führt er aus, daß aller Verfall der Völker eine Wirkung der Ungerechtigkeit ist, mit Verbrechen gegen die Natur begonnen hat und in weitem Verbrechen und sozialem Elend verläuft. In der Politik ist die Ungerechtigkeit System geworden, und dieses politische System ist demnach der Todfeind des natürlichen, gesunden und guten volkswirtschaftlichen Systems, dessen ausschließliches Walten einen gesunden sozialen Organismus erzeugen würde. Von den Sozialisten unterscheidet sich Krauß wie Dühring dadurch, daß er den Kommunismus verwirft. Sein sozialer Idealkörper besteht aus den Familien kleiner freier Besitzer, die das, was unsere heutige Großindustrie leistet, genossenschaftlich vollbringen. Der Gliederung in herrschende und dienende Stände sowie dem Kriege spricht er jede kulturfördernde Wirkung ab und sucht seine Behauptung in einem besondern Kapitel, das wir „Geschichte schwach“ zensurieren müssen, in Beziehung auf Alexander den Großen, den Römerstaat, Karl den Großen und die moderne Kolonialpolitik zu beweisen. Für die Leser der Grenzboten bedarf es keiner Widerlegung der skizzierten Theorie, aber es ist nicht uninteressant, an dem Buche zu sehen, wie bei mangelhafter Geschichtskennntnis aus unzweifelhaften Wahrheiten ein verfehlter Gedankenbau konstruiert werden kann. Es ist unzweifelhaft richtig, und wir haben es oft hervorgehoben, daß der Mensch nur in der Freiheit seine Kräfte voll entfalten und das Höchste leisten kann, daß Sklaverei sowohl die Sklaven wie die Herren demoralisiert, daß die Spaltung eines Volkes in verhältnismäßig wenige Besitzer und eine Überzahl besitzloser Lohnarbeiter aus vielen Gründen nicht wünschenswert ist, und daß eine schlechte Einkommensverteilung die Produktion in falsche Bahnen leitet. Aber es ist andererseits undenkbar, daß die Kultur auch ohne „Gewaltentum“, ohne Unterdrückung, ohne Gliederung des Volkes in Stände, ohne Staat, ohne Differenzierung der Vermögen und der Einkommen hätte entstehen und fortschreiten können. So hat z. B., um nicht auf die Ursprünge zurückzugehen, Inama-Sternegg gezeigt, daß ohne die großen Grundherren der Karolinger- und der Sachsenzeit, die Bataillone von Hörigen kommandieren konnten, der deutsche Urwald niemals würde gerodet worden sein; und wären in England alle Einwohner freie Bauern oder Gutspächter geblieben, so hätten wir das Maschinenzeitalter nicht erlebt. Noch in andrer Beziehung ist das Buch interessant. Weil Krauß den Lauf der Weltgeschichte ethisch erklärt, muß er die mechanischen Erklärungsweisen der Darwinianer verwerfen, und er geht darin sogar so weit, daß er die Deszendenz ablehnt und jeder Gattung einen besondern Ursprung zuschreibt. Ein neuer Beweis für die alte Wahrheit, daß außerhalb der exakten Wissenschaften die Entscheidung für und gegen gewisse Hypothesen weit weniger von wissenschaftlichen Gründen als von Sympathien und Antipathien, von Herzenswünschen und Vorurteilen abhängt. Das interessanteste aber ist, daß er, der gleich seinem blinden Meister alle „Pfaffen“ und das Christentum haßt, sich diesem durch seine ethische Geschichtskonstruktion in auffälliger Weise nähert. Wenn er alle Übel aus der Ungerechtigkeit erklärt und die erste Ungerechtigkeit durch alle Zeiten hin fortzeugend Böses gebären läßt — was ist das anders als das Erbsündendogma ohne mythische Einkleidung?

